

# zweite Beilage zum Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

No. 103.

Montag den 13. April.

1874.

## Zur Lage.

Berlin, 11. April. Die von genau informierter Seite mitgetheilt wird, ist in dem Cabinetrath unter dem Vorsitz des Kaisers als unerlässlich für das Bestehen des Septennat-Compromisses (d. h. der Vereinbarung über eine Feststellung der Präsens auf 7 Jahre) die eine Bedingung aufgestellt worden, daß aus dem Reichsmilitärgesetz diejenige Bestimmung der Militärcommission des Reichstags entfernt werde, nach welcher das Officierscorps und die Militärpersonen überhaupt der Communalsteuer-Befreiung nicht weiter theilhaftig bleiben sollen. Im Cabinetrath wurde gefordert, es müsse bei den bisherigen Bestimmungen sein Bewenden behalten. Man will nun im Reichstag auch diesem Vorbringen nachkommen und vorschlagen, daß der betreffende Paragraph des amendirten Militärgesetzes gestrichen werde und daß die Reichsregierung aufzufordern sei, über diesen Gegenstand dem Reichstage des nächstjährigen eine Vorlage zur gesetzlichen Regelung zugehen zu lassen.

Der Antrag, den § 1 des Militärgesetzes so zu fassen, daß 401,000 Mann auf sieben Jahre bewilligt werden, ist von dem Abgeordneten Bennigsen gestützt und von sämmtlichen Nationalliberalen unterstützt. Von der Fortschrittspartei haben den Antrag mitunterzeichnet die Abgeordneten Groß und Zinn von Bayern, Spielberg (Halle), Schmidt (Stettin), Meine (Leipziger Landkreis), Baumgarten (Waltstatt) und Kreuz (Jesolo). Günstig tritt dem Compromiß auch noch Erhardt (Münster) von der Fortschrittspartei bei; er war bis heute noch nicht hierher zurückgekehrt. Das Centrum hält morgen Mittag 12 Uhr, die Fortschrittspartei am 7 Uhr Abends die letzte vertrauliche Fraktionsberatung. Es heißt, von letzterer Partei werden noch mehr Mitglieder als die oben angeführten für das Septennat stimmen.

## Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Die Kunde von der unerwarteten Wendung, welche die Militärfrage genommen hat, wird sicher in weiten Kreisen überraschen. Durch die wiederholten bestimmten Erklärungen des Finanzministers v. Kameke in der Militärcommission wie durch die damit übereinstimmenden Versicherungen offizieller Blätter war es als unwiderstehlicher Entschluß der Militärverwaltung erschienen, unter keinen Umständen mehr auf eine zeitlich beschränkte Friedenspräsenzstärke einzugehen, sondern eine von allen parlamentarischen Zufälligkeiten und Beschläüssen unabhängige Minimalstärke zu verlangen. Nur unter dieser Voraussetzung und unter dem Eindruck obiger Erklärungen vertrat die Militärcommission auf Erhebung des § 1 des Militärgesetzes; nur dadurch wurde die Angelegenheit zu einer alle Factoren des Reichs und alle Kreise der Bevölkerung ergreifenden und verwirrenden gemacht, so daß schließlich der Zerfall der rechtstreuen liberalen Majorität in sich und theilweis mit ihren Wählern unabwendbar schien. Da in der zwölften Stunde macht sich auch bei der Regierung, außer dem bisher ausschließlich dominirenden militärischen Gesichtspuncte, der politische geltend. Man erkennt, daß die Erlangung einer festen Minimal-Friedens-Präsenzstärke durch die Zurückhaltung der liberalen Parteien, auf deren Unterstützung und Unterstüttung doch die ganze fernere innere und äußere Politik der Reichsregierung angewiesen ist, zu teuer erkaufte wäre, und entschließt sich, wie es scheint, und wie wir hoffen, zur Beseitigung des einzigen Hindernisses, welches einer sofortigen friedlichen Lösung der Militärfrage im Wege stand. So erfreulich diese Nachricht an und für sich ist, so können wir doch nicht umhin, unser tiefes Bedauern darüber auszudrücken, daß die Militärverwaltung es so weit hat kommen lassen. Unsere Wünsche sollen nicht bloß Techniker sein, sondern wie Fürst Bismarck, einem an die Folgen, noch kürzlich einem der Herren rath heraus sagte, auch Politiker. Leider scheint dieser Anforderung immer noch der Reichszanzler allein zu entsprechen, und ihm danken wir deshalb, außer der Beifügung des Kaisers, welche die Waage zu Gunsten der politischen Erwägungen sinken ließ, vor Allem die befriedigende Lösung der Frage, welche eine zeitliche vorübergehende alle Feinde des Deutschen Reichs desselbe in seinem Fundamente zu erschüttern drohte.

Die „Eyn. Bl.“ schreibt: Der Conflict ist gelöst, der ganze Dergang folgender: Die nationalliberale Partei hatte am Donnerstag Abend Fraktionsberatung. Sie ist 152 Mitglieder stark. Es schloß davon nur wenige. Die Militärfrage stand auf der Tagesordnung. Die Anhänger und die Gegner des § 1 trafen festig auf einander. Die Anhänger hatten die Majorität in der Fraction, allein sie mußten zugestehen, daß sie eine solche im Hause selbst schwerlich erringen würden. Alle Anhänger wie Gegner waren über drei Punkte einig. Erstens: die deutsche Wehrkraft darf nicht geschwächt werden. Zweitens: Das Militärgesetz muß vor Pfingsten zu Stande gebracht werden. Drittens: Es darf keine Krisis und kein Conflict stattfinden. Auf dieser Grundlage beschloß man: Friedenspräsenzstärke von 401,000 Mann auf sieben Jahre.

Für den Fall, daß die Reichsregierung diese acceptire, verpflichteten sich sämmtliche Mitglieder der Partei, hierfür zu stimmen, wodurch, mit Zugählung der Conservativen und der Deutschen Reichspartei (freiconservativ), die Majorität gesichert ist. Von diesem Beschluß wurde dem Reichszanzler Mittheilung gemacht, welcher, obgleich noch sehr leidend, von seinem Krankenbette aus der Frage die größte Sorgfalt und Aufmerksamkeit widmete. Am Freitag war um Seine Majestät den Kaiser durch das Conceil der militärischen Vertrauensmänner versammelt, um die Annehmbarkeit des Vorschlags zu begutachten. Der Kaiser beehlt sich seine Entscheidung vor. Dann verhandelte er mit dem Kriegsminister v. Kameke und durch letzteren mit dem Reichszanzler. Am spätem Nachmittage wurde der Entschluß gefaßt, den Vorschlag zu genehmigen. Da tauchte eine neue Schwierigkeit auf. Ueber die Steuerungsfrage war ein Einvernehmen nicht zu erzielen. Man beschloß diese Schwierigkeit durch das Uebereinkommen, es in diesem Punkte bei dem bestehenden Zustand zu belassen, die betreffenden Vorschriften aus dem Militärgesetz zu streichen und die weitere Regelung der Specialgesetzgebung zu überlassen. Damit war der Compromiß vollendet. Die Nachricht von demselben gelangte am Abend an die Abgeordneten. Alle rechtstreuen Parteien waren glückselig, eine Krisis vermieden zu sehen, deren Verlauf und Ende im Voraus nicht zu berechnen war. Es war uns Allen ein Stein von dem Herzen. Wir hoffen, daß sich aus der Majorität, welche für den Compromiß stimmt, eine große Partei bildet, welche unbeschadet sonstiger Meinungs-Differenzen, in allen Fragen der großen Politik für die Reichsregierung zur Seite steht. Ein Gewinn, der nicht hoch genug zu schätzen wäre! Wie sich die Fortschrittspartei gegenüber dem Compromißvorschlage verhalten wird, weiß ich nicht. Man fürchtet, sie stimmt, abgesehen von etwa einem halben Duzend Mitgliedern, dagegen. Also mit dem Schwarzen, Sozialisten, den Polen u. s. w. Hier kann man auch sagen: Es ist mir lang' schon wech, daß ich Dich in der Gesellschaft seh'!

Die Fortschrittspartei hat das Septennat abgelehnt und vorgeschlagen, die 401,000 Mannjährlich zu bewilligen. Mehrere Mitglieder der Fortschrittspartei unterzeichneten den Antrag Bennigsen auf das Septennat, davon zogen vier ihre Unterschriften zurück. (Die Majorität ist dem 7jährigen Provisorium natürlich trotzdem gesichert.)

Mit dem Reichsgesetz über die Civilstandsverwaltung wird vorerst noch keine neuen Wege haben. Bayern hat bereits den Entschluß gefaßt, seinem Landtage ein eigenes Gesetz vorzulegen. Es ist unschlüssig, daß dies nicht durchgeführt; die Liberalen stimmen dagegen, die Liberalen müssen es auch thun, um keine bayerische Solidarität zu bekommen, sondern das Reichsgesetz. Man wird also ohne Zweifel die Abstimmung im Bundesratte aufschieben, bis über das Geschick des bayerischen Entwurfs die Wästel gefallen sind. Bis dahin ist der Entwurf höchst wahrscheinlich dem bayerischen Ministerium recht, weil die voranzuhende Nichtanerkennung des Bischofs Keintens die altkatholische Frage in Bayern in einem solchen Grade zuspitzen wird, daß er für gut finden dürfte, sich an alle Mittel zu halten, die Schwierigkeiten zu lösen. Das Reich hat seiner Zeit den Kanzelparagraphen gemacht, weil ihn für unerlässlich erklärte. Jetzt hat derselbe die Selbstevidenz, seine oft angebrochene Geneigtheit, den Katholiken zu Hilfe zu kommen, zu bewähren.

Der „Agence Havas“ wird aus Rom gemeldet, daß die Verhandlungen der französischen Regierung mit dem Vatican in Betreff der Regulierung der Diöcesangrenzen der an der albanesisch-orthodoxen Grenze belegenen deutschen und französischen Bistümer ihrem Abschlusse nahe sind und daß die betreffenden Stellen vom Papste demüthigt werden werden.

Der Streit zwischen den Pächtern und den ländlichen Arbeitern in den östlichen Grafschaften Englands nimmt eine beunruhigende Wendung an. Auf beiden Seiten scheint man entschlossen, nicht nachzugeben, und die zur Wärgung mahrenden Rathschläge der Presse bleiben in beiden Lagern unbeachtet. Der natürliche Erfolg dieser fortwährenden Stockung der Arbeit und der sich daran knüpfenden Unzufriedenheit jeder Art besteht in einer Beschleunigung der Auswanderung, die nachgerade für die Zukunft jener Landestheile bedenkliche Verhältnisse annimmt. So hatte kürzlich ein für die Auswanderung nach Neu-Seeland wirkender Agent eine Massenversammlung nach New-Market angeschlossen. Zweihundert dreißig Arbeiter durchzogen rasch die Stadt, hörten dem Redner, der ihnen mit bedrübten Worten den Unterschied zwischen dem englischen Arbeitmann und dem Landebauer in den Colonien darlegte, mit Andacht zu, und entschieden sich zum großen Theil für die Auswanderung. Zu derselben Stunde hielten die Pächter der dortigen Gegend eine Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, von dem jetzigen Verhalten nicht abzugeben. Für die Pächter spricht sich die Frage zunächst dahin zu, ob es möglich ist, sich mit an Zahl geringeren oder besser besoldeten Kräften dieselbe Production wie bisher zu erzielen.

Die zuletzt von dem spanischen Kriegsplanke

eingetroffenen Nachrichten melden, daß der Angriff auf San Pedro de Abanto wieder begonnen hat. Sollte derselbe sich unwirksam erweisen, so muß Bilbao unweifelhaft in die Hände der Carlisten fallen. Alle seit Anfang der Belagerung eingelaufenen Meldungen lassen annehmen, daß die Lebensmittel der Stadt bald erschöpft sind. Wenn die Armee abermals keinen Erfolg haben sollte, so werden die ohnehin schon entmuthigten Truppen nicht in der Lage sein, Bilbao zu verlassen. Allerdings sind Verstärkungen eingetroffen, aber das sind auch die letzten Hülfsmittel, auf die Carrero rechnen kann, denn schon diese sind aus Grenzstädtern, Gendarmen u. s. zusammengedrückt. Das Land ist von Sicherheitsbeamten entblößt und dem Räuberweien ist freier Spielraum gewährt. Es dürfte nicht ohne Interesse sein, die Folgen des Falles von Bilbao schon jetzt ins Auge zu fassen. Bereits in allen früheren Kriegen haben sich die Bewohner der Stadt durch große Neigung zum Constitutionalismus ausgezeichnet, sind stets Gegner des Don Carlos gewesen und haben manche Opfer für ihre politische Ueberzeugung bringen müssen. Die jetzige Prüfung ist jedoch die härteste, die der Stadt angesetzt ist. In dem siebenjährigen Kriege von 1833—1840 glaubte man, daß die Einnahme von Bilbao die Anerkennung der Carlisten als kriegerische Macht seitens der auswärtigen Mächte herbeiführen würde. Auch jetzt werden von hochgestellten Persönlichkeiten gleiche Hoffnungen gehegt. Doch die Zeiten haben sich geändert und die Carlisten haben viel an Sympathie eingebüßt. Die Einnahme von Bilbao wird ihnen nur wenig nützen, da sie es schwerlich werden halten können. Sie werden möglichst viel Geld aus der Stadt zu ziehen suchen, vielleicht die als liberal bekannten Leute maltrairiren und plündern, die nicht zerstreuten Geschäfte mit sich führen und die junge Mannschaft zum Dienste pressen. Ihr größtes Resultat wird der moralische Erfolg sein, der ihnen vielleicht neue Truppen zuführt. Aber es gab auch im siebenjährigen Kriege Zeiten, wo Don Carlos drei- oder viermal mehr Truppen als der jetzige Präsident hatte, und trotzdem konnte er über den Ebro hinaus keine Fortschritte machen. Trotz aller Wirrnisse in Spanien haben die Carlisten nur in den baskischen Provinzen Erfolge aufzuweisen, da die Spanier jede andere Regierung einem Priesterregiment vorziehen, das unweiselhaft mit den Carlisten seinen Einzug halten würde. — Ein Hauptgrund, daß die Carlisten überhaupt so stark im Norden werden konnten, liegt in der Abneigung der höheren Classen, vorzüglich der Officiere gegen die Republik. Diese haben die Vertreibung Isabelas bedauert, waren unzufrieden mit der Erhebung eines fremden Prinzen auf den spanischen Thron und verabsäumten die Republik Castelar's. Ein großer Theil der Morado-Partei, Anhänger der Königin Isabel, haben sich bei der Wahl zwischen Radicalismus und Carlismus für den letzteren entschieden. Dagegen haben sich viele ehemalige Anhänger der Carlisten gegen diese erklärt, und so deuten alle Umstände darauf hin, daß die Möglichkeit eines Compromisses zwischen den Carlisten und den Alphonisten nicht ausgeschlossen ist und eine Lösung herbeiführen könnte.

Zuverlässigen Nachrichten zufolge steht demnach der Besuch des Fürsten Wilam von Serbien bei dem Sultan in Konstantinopel bevor. Der junge Fürst hatte seit seiner Thronbesteigung stets ergebenheit seinem Souverain persönlich seine Ergebenheit zu bezeugen, die Beziehungen zwischen der Türkei und Serbien haben jedoch in letzter Zeit einen freundlichen Charakter angenommen. Unter den Fragen, welche hauptsächlich Grund zu einem kühlen Verhältniß zwischen beiden Staaten gaben, nahmen der Anschluß der Eisenbahnen an das türkische Reich und die Besetzung von Jwowrak die erste Stelle ein. Die erstere der beiden Fragen ist jedoch zur großen Verdrüss der Serbier und auch zum Vortheil der internationalen Handelsbeziehungen sowohl dieser beiden Länder, als auch Oesterreich-Ungarns und Europas überhaupt abgeschlossen worden. Durch die Zustimmung der Pforte zur Herstellung einer Eisenbahn in dem Thale von Morawa werden die Hüfen des Archipelagus und des Schwarzen Meeres direct die Producte aus dem Centrum Europas zugeführt erhalten und ein reger Verkehr wird sich nach den Ländern hin einstellen, die demals durch ihre isolirte Lage von einem solchen ausgeschlossen waren. Für die Entgegenkommen will nun der Fürst persönlich seinen Dank in Konstantinopel abfahren. Im Monat Juni genekt derselbe dann auch nach Berlin zu einem kurzen Besuche zu kommen, um dem Kaiser Wilhelm seinen Besuch zu machen.

Die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht in Rußland scheint besonders bei den muslimischen Unterthanen des Landes auf Widerstand zu stoßen. So wird aus der Krime berichtet, daß unter den dortigen tartarischen Bewohnern eine große Erregung herrscht und daß die Auswanderung derselben Bedenken erregende Dimensionen annimmt. Die Ursache dieser Enttölerung wird darin gesucht, daß die jungen Leute die allgemeine Wehrpflicht fürchten und daß sie vor allen Dingen davor zurückschrecken, in der russischen Armee, entgegen den strengen Vorschriften ihrer Religion, Schweinefleisch essen zu müssen. Ihre Phantasie ist vor diesen angeblichen Gefahren

außerordentlich erregt und sie wünschen das Land zu verlassen, um denselben zu entgehen. Sie verkaufen ihr Eigenthum zu den niedrigsten Preisen und geben es sogar umsonst fort, wenn sich nicht Käufer finden. Die Geißelhaft ermuntert die Auswanderung und fordert die jungen Leute auf, nicht zu heirathen, damit sie desto leichter ihre Heimath verlassen können. Die Petersburger Regierung widmet dieser Bewegung und ihren ersten Folgen eine ganz besondere Aufmerksamkeit und sürchtet, daß die volkswirtschaftlichen Grundlagen dieser Provinzen ernstlich in Frage gestellt werden könnten.

Nach einer aus Cape-Code-Gasse eingegangenen Nachricht vom 19. vor. Wts. hat der König der Menschandi den vom General Wolsey entworfene Friedensvertrag unterzeichnet und seine Abgesandten haben denselben ratificirt. Rochefort und Gerosen hatten ihre Abreise nach Europa auf den 11. April festgesetzt.

## Die Magyarencapelle im Hotel de Prusse.

Der den künstlerischen Fortschritten vorangehende Ruf hat nicht getrogen: unser musliebendes Publicum hat ein ganz vorzügliches ungarisches Vollorchester vor sich, welches die Meisterwerke deutscher, italienischer und französischer Tonkünstler mit größter Bravour auswendig spielt, vor Allem aber die Nationalweisen der Magyaren, jene klagen, schwärmerischen Volksmelodien von unendlichem Zauber und begehrtenden Vaterlandslieber, jene Gardas und stolzen Kriegermärsche à la Ragocz mit hinreißendem Feuer und intensiver Leidenschaft in jedem Tact ergreifend und mächtig erklingen läßt. Es ist etwas ganz Besonderes, anzusehen Originalen, was hier von den tiefgebräunten Magyaren in ihrer nationalen Gala gekostet wird, deren Orchester vorzugsweise aus Streich-Instrumenten, Clarinetten und dem Nationalinstrumente, der ungarischen Tymbal („Cimbalom“ genannt) besteht. An der Spitze steht ein überaus redenshafte Männergestalt, der als Concertmeister mit der Geige das Ganze leitet, der Veteran Kágh Pál, die Orchesterleitung mit einer ganzen Reihe von Medaillen aus seiner österreichischen vieljährigen Dienstzeit geschmückt, ihm zur Seite ein jungerer Sohn, der ebenfalls Gegenstand ist. Im Orchester bemerkte Referent noch einen alten modernen Bekannten, den trefflichen Geiger Carl Kisch, welcher vor einem Dutzend Jahren Leipzig mit einer ähnlichen Künstlergesellschaft auf der Geigerreise besuchte und z. B. vor dem Professorenvereine „am dem Ruhlurme“ ein Concert gab. — Der Tymbalvirtuos ist als einer der besten Vertreter dieses Instrumentes in seiner Heimath bekannt.

Das Instrument ist sehr charakteristisch für die ungarische Musik: es hat einen entfernt mandolinenähnlichen Ton und läßt ganz vermissen, daß man in ihm eine vervollkommnete Art des alter deutschen Hackbretts vor sich hat. Ebenso gewöhnlich ist das Klarinettenpaar, das die Clarinettenpartien hat. Der Schalmeivirtuos Herr Kágh ist Meister auf seinem Instrumente und beständig seine Solovorträge das Remoné, das er sich vor Jahren in London erworben und immer mehr verdient hat.

Eine Aufführung des Orchesters vor eingekleideten Hörern, meist der hiesigen Presse angehörend, ließ den Referenten der Uebergangung werden, daß das Leipziger Kunstpublicum an dieser ganz eigentümlichen Nationalmusik ebenso sein absonderliches Wohlgefallen findet und Freude haben werde, wie später das Londoner Publicum, für welches diese Saison hindurch Hr. Mitchell engagirt worden ist. Dr. Wp.

## Aus Stadt und Land.

Krippen, 12. April. Schon vor einigen Tagen waren uns über eine dunkle That, welche wenige Stunden von hier neuerdings verübt worden sein sollte, mündliche Mittheilungen gemacht worden, deren Einzelheiten aber so grauenhaft ausgemalt waren, daß von einer Veröffentlichung derselben ohne genügende Information abgesehen werden mußte. Jetzt bringt das Dresdner Journal folgende Correspondenz: In Zehmen bei Rütba macht ein allerdings ganz besonderes Ereigniß wieder von sich reden. Am 8. v. M. ist nämlich auf dem dasigen Rittergute die 23 Jahre alte Wirthschafterin, wie es hieß, plötzlich erkrankt, an Krämpfen gestorben und am 10. März beerdigt worden. Im Publicum war vielfach die Meinung verbreitet, daß die Verstorbenen Abtreibungsversuchen erlegen sei. Auf Anordnung der königl. Staatsanwaltschaft zu Borna ist nun am 8. Oct. der Leichnam der Wirthschafterin wieder ausgegraben worden, und es hat sich ein zur Hälfte zur Welt gekommenes Kind vorgefunden. So wenigstens wird aus einer Quelle berichtet, die wir für zuverlässig halten dürfen. Man war im Orte der Ansicht, daß die Verstorbenen nur Starckraupf gehabt habe; gläubwürdige Personen versichern indessen, daß sie im Grabe nach der Ausgrabung in derselben Lage sich befanden, wie vor der Beerdigung. Die Untersuchung wird wohl das Nähere ergeben.

Am Freitag Nachmittag in der fünften Stunde fuhr ein Wägher nicht an der Promenade mit seinem Gefährt so unvorsichtig gegen den